

Bonner Wirtschaftsgipfel

Treffen der Staats- und Regierungschefs
am 16. und 17. Juli 1978

Erklärung

Die Staats- bzw. Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika trafen am 16. und 17. Juli 1978 in Bonn zusammen. Die Europäische Gemeinschaft wurde bei den Beratungen in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit vom Präsidenten des Europäischen Rats und vom Präsidenten der Europäischen Kommission vertreten.

1.

Wir einigten uns auf eine umfassende Strategie für Wachstum, Beschäftigung und Inflation, internationale Währungspolitik, Energie, Handel und Fragen von besonderem Interesse für die Entwicklungsländer. Wir müssen mehr Arbeitsplätze schaffen und die Inflation bekämpfen, den Welthandel stärken, die Zahlungsbilanzungleichgewichte abbauen und größere Stabilität auf den Devisenmärkten erreichen. Wir stehen vor langfristigen Problemen, die sich nur durch anhaltende Anstrengungen lösen lassen. Diese Strategie stellt ein zusammenhängendes Ganzes dar, dessen Teile sich gegenseitig bedingen. Jedes unserer Länder kann zu dieser Strategie seinen Beitrag leisten, jedes aus ihr Nutzen ziehen.

Wachstum, Beschäftigung und Inflation

2.

Sorgen macht uns vor allem die weltweite Arbeitslosigkeit, weil sie seit Jahren viel zu hoch ist, die schwächsten Teile der Bevölkerung am härtesten trifft und hohe wirtschaftliche und noch höhere mensch-

Nr. 80/S. 757 Bonn, ~~den~~ 19. Juli 1978

liche Kosten mit sich bringt. Wir werden mit Maßnahmen zur Sicherung des Wachstums und zur Verbesserung der beruflichen Qualifikationen auf ein größeres Arbeitsplatzangebot hinwirken.

Dabei werden wir auf dem im Kampf gegen die Inflation bereits erzielten Fortschritt aufbauen und uns um weitere Erfolge in diesem Kampf bemühen. Wir brauchen aber ein besseres Wachstum, wo dies ohne erneutes Anheizen der Inflation möglich ist, um extreme Zahlungsbilanzüberschüsse und -defizite abzubauen. Dies wird destabilisierende Wechselkursbewegungen reduzieren. Besseres Wachstum wird zu einer Verringerung des protektionistischen Drucks beitragen. Wir brauchen es auch zur Förderung der Privatinvestitionen, von denen der wirtschaftliche Fortschritt abhängt; wir werden uns zudem um einen Abbau der nationalen und internationalen Hindernisse bemühen, die ihrer Ausweitung im Wege stehen. Besseres Wachstum ist erforderlich, damit die freie Welt den Erwartungen ihrer Bürger und den Bestrebungen der Entwicklungsländer gerecht werden kann.

3.

Um ein stetiges und inflationsfreies Wachstum zu sichern, bedarf es seitens der einzelnen Länder eines auf die unterschiedlichen Bedingungen abgestimmten Aktionsprogramms. In Ländern, denen ihre Zahlungsbilanzsituation und Inflationsrate keine besonderen Beschränkungen auferlegt, ist dafür ein rascheres Anwachsen der Inlandsnachfrage erforderlich. In Ländern

Inhalt

Bonner Wirtschaftsgipfel

Erklärung	757
Erklärungen auf der Pressekonferenz	762
Erklärung zu Flugzeugentführungen	766
Empfang beim Bundespräsidenten	767

mit starkem Preis- und Kostendruck sind dafür neue Maßnahmen im Kampf gegen die Inflation zu ergreifen.

- Kanada bekräftigte seine Absicht, innerhalb der sich aus der Notwendigkeit einer Eindämmung und Verminderung der Inflation ergebenden Grenzen einen höheren Anstieg der Beschäftigung und der Produktion um bis zu 5 Prozent zu erzielen.
- Als Beitrag zur Abwehr der weltweiten Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts hat die deutsche Delegation angekündigt, daß sie ihren gesetzgebenden Körperschaften bis Ende August zusätzliche, quantitativ substantielle Maßnahmen um bis zu 1 Prozent des BSP vorschlagen wird, um eine erhebliche Stärkung der Nachfrage und eine höhere Wachstumsrate zu erreichen. Die Größenordnung wird die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarkts und die Notwendigkeit berücksichtigen, ein Wiederaufleben des inflationären Drucks zu vermeiden.
- Der Präsident der Französischen Republik kündigte an, daß die französische Regierung ihre Politik mit dem Ziel einer Senkung der Inflationsrate fortführen werde und sich als Beitrag zu der gemeinsamen Anstrengung bereit erkläre, das Defizit des Staatshaushalts für das Jahr 1978 um etwa 0,5 Prozent des BSP zu steigern.
- Der italienische Ministerpräsident kündigte an, die Regierung verpflichte sich, das Wirtschaftswachstum 1979 gegenüber 1978 um 1,5 Prozent zu steigern. Sie plant, dieses Ziel durch eine Senkung der laufenden öffentlichen Ausgaben bei gleichzeitiger Förderung der Investitionen zu verwirklichen, um in einem inflationsfreien Rahmen ein höheres Beschäftigungsniveau zu erreichen.
- Der Ministerpräsident Japans verwies darauf, daß seine Regierung für 1978 eine etwa 1,5 Prozent höhere Wachstumsrate als in den vergangenen Jahren anstrebe, und zwar hauptsächlich durch eine Ausweitung der Inlandsnachfrage. Er gab außerdem seiner Entschlossenheit Ausdruck, dieses Ziel durch die jeweils geeigneten Maßnahmen erreichen zu wollen. Er wird im August oder September prüfen, ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind.
- Das Vereinigte Königreich hat nach einer erheblichen Senkung seiner Inflationsrate und Verbesserung seiner Zahlungsbilanz vor kurzem einen fiskalpolitischen Anreiz in Höhe von gut 1 Prozent des BSP gegeben. Die Regierung beabsichtigt, den Kampf gegen die Inflation im Hinblick auf eine weitere Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsaussichten fortzusetzen.
- Der Präsident der Vereinigten Staaten erklärte, eine Verminderung der Inflation sei für die Erhaltung einer gesunden amerikanischen Volkswirtschaft von

entscheidender Bedeutung und habe deswegen in der amerikanischen Wirtschaftspolitik höchste Priorität. Er nannte die wichtigsten bereits ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation in den Vereinigten Staaten: die für das Jahr 1979 ursprünglich vorgeschlagenen Steuersenkungen wurden jetzt um 10 Mrd. Dollar vermindert; die Haushaltsansätze für öffentliche Ausgaben in den Jahren 1978 und 1979 wurden gesenkt; für 1980 wird ein sehr sparsamer Haushalt aufgestellt; es werden Schritte unternommen, den unmittelbar durch staatliche Verordnung und Auflagen entstehenden Anteil an Kosten- und Preissteigerungen zu vermindern, und ein freiwilliges Programm zur Verlangsamung der Lohn- und Preisentwicklung ist angelaufen.

- Das Gipfeltreffen nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der von der Europäischen Gemeinschaft bereits in Bremen vereinbarte gemeinsame Lösungsansatz die Wirksamkeit dieses Programms verstärken wird.

Energie

4.

Trotz einer leichten Verbesserung ist die gegenwärtige Lage im Energiebereich nach wie vor unbefriedigend. Es muß noch sehr viel mehr getan werden.

5.

Wir setzen uns für eine Verringerung unserer Abhängigkeit von eingeführtem Öl ein.

6.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß sich die Europäische Gemeinschaft in Bremen bereits darauf geeinigt hat, bis 1985 die folgenden Ziele zu erreichen: Eine Verringerung der Abhängigkeit der Gemeinschaft von eingeführter Energie auf 50 Prozent, eine Begrenzung der Nettoölimporte, eine Verminderung des Anstiegs des Energieverbrauchs im Verhältnis zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts auf 0,8 Prozent.

7.

In Anerkennung ihrer besonderen Verantwortung im Energiebereich werden die Vereinigten Staaten ihre Abhängigkeit von eingeführtem Öl verringern. Sie werden bis Jahresende ein umfassendes politisches Instrumentarium entwickeln, mit dessen Hilfe diese Anstrengungen energisch vorangetrieben werden können. Bis Jahresende werden Maßnahmen durchgeführt, die bis 1985 zu Einsparungen bei der Öleinfuhr in Höhe von rd. 2,5 Millionen Barrel pro Tag führen werden. Zur Erreichung dieser Ziele werden die Vereinigten Staaten eine strategische Ölreserve von 1 Milliarde Barrel anlegen; sie werden ihre Kohlepro-

dem, Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen, zugute kommt. Durch die Schaffung neuer Konsultations- und Schlichtungsmechanismen in vielen Bereichen würde im Welthandelssystem ein wesentlich höheres Maß an Gerechtigkeit und Disziplin bewirkt. Die einheitliche Anwendung der GATT-Regeln ist ausschlaggebend, und wir werden so bald wie möglich in dieser Richtung aktiv werden. Die am Gipfeltreffen teilnehmenden Länder sehen in allen Verhandlungsbereichen einer noch engeren Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern entgegen. Wir bemühen uns darum, für alle Teilnehmer ein vernünftiges und ausgewogenes Ergebnis zu gewährleisten, das die Bedürfnisse der Entwicklungsländer auf angemessene Weise, beispielsweise durch eine besondere und differenzierte Behandlung, berücksichtigt, und das ihre größere Beteiligung an den Vergünstigungen und Verpflichtungen des Welthandelssystems Wirklichkeit werden läßt.

Bei dem Londoner Gipfel im vergangenen Jahr erteilten wir dem Protektionismus im Welthandel eine Absage. Wir kamen überein, der Tokio-Runde einen neuen Anstoß zu geben. Unsere Unterhändler sind dieser Verpflichtung nachgekommen. Heute beauftragen wir sie, in Zusammenarbeit mit den anderen Teilnehmern die noch offenen Fragen zu lösen und die Einzelverhandlungen bis zum 15. Dezember 1978 erfolgreich abzuschließen.

18.

Wir nehmen das vom Ministerrat der OECD letzten Monat erneut abgegebene Bekenntnis zu einem offenen, marktwirtschaftlich orientierten System mit Befriedigung zur Kenntnis. Die heutigen Weltwirtschaftsprobleme sind nicht durch einen Rückfall in offenen oder verschleierte Protektionismus zu lösen.

19.

Wir begrüßen die Erklärung des Ministerrats der OECD zu einer positiven Anpassungspolitik. Die Bereitschaft, den Strukturwandel zu akzeptieren und zu erleichtern, muß auf Dauer vorhanden sein. Strukturkonservierende Maßnahmen führen zur Verfestigung wirtschaftlicher Ineffizienz, bürden den Handelspartnern die Last des Strukturwandels auf und verhindern die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft. Wir sind entschlossen, bei unseren Industrie-, sozial-, struktur- oder regionalpolitischen Initiativen zugunsten von Sektoren, die sich in Schwierigkeiten befinden, den internationalen Wettbewerb und die Handelsströme nicht zu beeinträchtigen.

20.

Wir stellen fest, daß Länder mit großen Leistungsbilanzdefiziten ihre Ausfuhren steigern und Länder mit großen Leistungsbilanzüberschüssen eine Einfuhr-

steigerung erleichtern müssen. In diesem Zusammenhang werden sich die Vereinigten Staaten energisch für eine Steigerung ihrer Ausführleistung einsetzen und prüfen diesbezügliche Maßnahmen. Der Ministerpräsident Japans erklärte, er beabsichtige, auf die Steigerung der Einfuhren durch Ausweitung der Inlandsnachfrage und verschiedene Maßnahmen zur Einfuhrerleichterung hinzuwirken. Er erklärte außerdem, daß die japanische Regierung zur Bewältigung des vorhandenen ungewöhnlich hohen Überschusses den befristeten und außergewöhnlichen Schritt eines Aufrufs zur Mäßigung bei der Ausfuhr ergreift, um das Gesamtvolumen der japanischen Ausfuhren für das Finanzjahr 1978 auf oder unter dem Stand des Finanzjahres 1977 zu halten.

21.

Wir unterstreichen unsere Bereitschaft zu einer engeren Zusammenarbeit im Bereich der privaten Auslandsinvestitionen unter den Industrienationen sowie zwischen ihnen und den Entwicklungsländern. Wir werden uns verstärkt um weitere Abkommen im Rahmen der OECD und andernorts bemühen.

22.

Im Zusammenhang mit einer sich ausweitenden weltwirtschaftlichen Aktivität erkennen wir an, daß der Zugang für die Produkte der Entwicklungsländer zu unseren Märkten verbessert werden muß. Gleichzeitig erwarten wir seitens der fortgeschritteneren Entwicklungsländer eine zunehmende Bereitschaft, ihre Märkte für Einfuhren zu öffnen.

Beziehungen zu den Entwicklungsländern

23.

Ein Erfolg unserer Bemühungen um eine Stärkung unserer Volkswirtschaften kommt den Entwicklungsländern zugute, und ihr wirtschaftlicher Fortschritt wird uns zugute kommen. Dies erfordert ein gemeinsames Vorgehen in gemeinsamer Verantwortung.

24.

In den kommenden Jahren können die Entwicklungsländer, vor allem die bedürftigsten unter ihnen, unsererseits mit einem vermehrten Strom von Kapitalhilfe und anderen Ressourcen zur Förderung ihrer Entwicklung rechnen. Der japanische Ministerpräsident erklärte, er strebe innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren eine Verdoppelung der staatlichen Entwicklungshilfe seines Landes an.

Wir bedauern zutiefst, daß die COMECON-Staaten den ihnen angemessenen Teil zu der finanziellen Hilfe an die Entwicklungsländer nicht leisten, und fordern sie erneut dazu auf.

25.

Die ärmeren Entwicklungsländer brauchen in verstärktem Umfang Hilfe zu besonders günstigen Bedingungen. Wir unterstützen die Fonds der Weltbank und der drei regionalen Entwicklungsbanken für die Gewährung von Darlehen zu besonders günstigen Bedingungen. Wir verpflichten unsere Regierungen, zu einer Aufstockung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation beizutragen, die zu einem jährlichen realen Anstieg der Ausleihkapazität führt.

26.

Was die fortgeschritteneren Entwicklungsländer angeht, so erneuern wir unsere Zusage, die Aufstockung der Mittel der multilateralen Entwicklungsbanken in dem Umfang zu unterstützen, der für die Befriedigung des wachsenden Darlehensbedarfs zu Marktbedingungen erforderlich ist. Wir werden die staatliche und private Mitfinanzierung von Entwicklungsprojekten mit diesen Banken fördern.

Die Entwicklungsländer müssen an der Schaffung eines guten Investitionsklimas und eines ausreichenden Schutzes für ausländische Investitionen mitwirken, damit private Auslandsinvestitionen das Wirtschaftswachstum und verstärkten Technologietransfer wirksam fördern können.

Wir verweisen auch auf unsere Anstrengungen hinsichtlich der Entwicklungsländer im Energiebereich, wie in Ziffer 15 und 16 ausgeführt.

27.

Wir sind übereingekommen, die Verhandlungen über einen Gemeinsamen Fonds aktiv zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen und uns weiter um den Abschluß einzelner Rohstoffabkommen zu bemühen, sowie die Untersuchungen über verschiedene Möglichkeiten einer Stabilisierung der Exporterlöse fertigzustellen.

Internationale Währungspolitik

28.

Die in den vergangenen Monaten an den Devisenmärkten verzeichneten erheblichen Schwankungen haben sich in der ganzen Welt schädlich auf das Vertrauen, die Investitionstätigkeit und das Wachstum ausgewirkt. Grundsätzlich läßt sich das Ziel der Wechselkursstabilität nur dann erreichen, wenn die grundlegenden Probleme, die mit für die gegenwärtigen großen Zahlungsbilanzdefizite und -überschüsse verantwortlich sind, angepackt werden. Die Durchführung der obengenannten Maßnahmen im Rahmen eines konzertierten Programms wird zu einer strukturellen Verbesserung der internationalen Zahlungsbilanzen

und zu größerer Stabilität auf den internationalen Devisenmärkten beitragen. Diese Stabilität wird das Vertrauen stärken und die Voraussetzungen für anhaltendes Wirtschaftswachstum verbessern.

29.

Obwohl sich die Wechselkurse nach Änderungen in den grundlegenden wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten im Verhältnis der Nationen untereinander richten müssen, werden unsere Währungsbehörden auch künftig in dem erforderlichen Maß eingreifen, um ungeordneten Verhältnissen an den Devisenmärkten entgegenzutreten. Sie werden sich im Hinblick auf eine größere Wirksamkeit dieser Bemühungen auch in Zukunft eingehend konsultieren. Wir werden eine Überwachung seitens des Internationalen Währungsfonds unterstützen, die das störungsfreie Funktionieren des Weltwährungssystems fördert.

30.

Die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft unterrichteten das Gipfeltreffen von der vom Europäischen Rat in Bremen am 6./7. Juli getroffenen Entscheidung, ein System für eine engere währungspolitische Zusammenarbeit zu prüfen. Das Gipfeltreffen begrüßte diesen Bericht und nahm zur Kenntnis, daß die Gemeinschaft die anderen Teilnehmer auf dem laufenden halten wird.

Schlußfolgerung

31.

Wir haben uns gemeinsam vorgenommen, die grundlegenden wirtschaftlichen Probleme anzupacken, vor denen unsere Länder stehen.

Die von uns vereinbarten Maßnahmen stützen sich gegenseitig. Ihre Gesamtwirkung dürfte daher größer sein als die Summe ihrer Teile. Wir werden uns nunmehr darum bemühen, die Unterstützung der Parlamente und der Öffentlichkeit für diese Maßnahmen zu gewinnen.

Wir können unsere Ziele nicht allein erreichen. Wir werden eng mit anderen Ländern und im Rahmen der geeigneten internationalen Einrichtungen zusammenarbeiten. Diejenigen unter uns, deren Länder der Europäischen Gemeinschaft angehören, werden in deren Rahmen entsprechend tätig werden.

Wir haben unsere Beauftragten angewiesen, vor Ende 1978 zusammenzukommen, um den bei der Durchführung der in dieser Erklärung vorgesehenen Maßnahmen erzielten Fortschritt zu prüfen.

Wir beabsichtigen ferner, zu gegebener Zeit im nächsten Jahr eine ähnliche Zusammenkunft in unserem Kreise abzuhalten.

Erklärungen auf der Pressekonferenz

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zum Abschluß des Wirtschaftsgipfels in Bonn gaben die Staats- und Regierungschefs am 17. Juli 1978 folgende Erklärungen ab:

Bundeskanzler Schmidt

Meine Damen und Herren! Als Gastgeber dieser Konferenz möchte ich zunächst allen teilnehmenden Staats- und Regierungschefs, ihren Ministern sowie auch ihren Mitarbeitern sehr herzlich danken für den Geist der Zusammenarbeit, der unser Treffen geprägt hat. Es war ein Geist der Offenheit, des Verständnisses füreinander und der Bereitschaft zum Kompromiß.

Jeder von uns kann dieses Ergebnis, das wir erzielt haben, nicht nur in seinem eigenen Lande, sondern wir alle können gemeinsam dieses Ergebnis gegenüber der Weltöffentlichkeit mit Genugtuung präsentieren.

Ich bin mir darüber im klaren, daß Sie, meine Damen und Herren, im Augenblick den Text der Schlußklärung noch nicht in Händen halten können, weil wir bis zum letzten Augenblick daran gearbeitet haben. Sie ist nunmehr im Druck, und sie wird vorliegen, wenn Sie, die Damen und Herren von der Presse und von den Medien, in Ihre Büros zurückkehren.

Es war immer meine Auffassung, daß ein ganz großer Wert solcher Treffen schon allein darin liegt, daß wir die Möglichkeit zu direktem und intensivem Meinungsaustausch haben. Darüber hinaus haben wir diesmal, und dafür bin ich sehr dankbar, von allen teilnehmenden Staats- und Regierungschefs substantielle Beiträge erfahren, zu denen sich die einzelnen Regierungen zwecks Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme verpflichten.

Ich weiß als Gesprächsleiter der Konferenz, daß das nicht jedem immer ganz leichtgefallen ist. Der eine oder andere von uns hat über seinen Schatten springen müssen, um zu dem beizutragen, was wir nun der Öffentlichkeit vorlegen. Dies gilt auch für mein eigenes Land.

Niemand darf übersehen, daß die hier in Bonn Versammelten Staaten vertreten, die als Demokratien verfaßt sind. Das heißt, daß für die Erfüllung vieler der hier eingegangenen Verpflichtungen im eigenen Lande parlamentarische Mehrheiten notwendig sind, für die wir uns nachdrücklich einsetzen werden.

Vielleicht darf ich hier einschieben, daß wir im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft uns vor zehn Tagen in Bremen auf diese Konferenz hier in Bonn sorgfältig vorbereitet haben. Wir haben die Interessen der Gemeinschaft in Bonn stets gegenwärtig gehabt und sind auch dem Präsidenten der Europäischen Kommission für seine Diskussionsbeiträge dankbar.

Dieses Gipfeltreffen stand in der Kontinuität der vorangegangenen Konferenzen von Rambouillet, Puerto Rico und London. Wir haben bei der Formulierung unserer Ziele immer anknüpfen können an das dort Erreichte und durften uns berufen auf den dort entwickelten Geist freundschaftlicher Kooperation.

Wir haben eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage, andere Länder zu zusätzlichen Anstrengungen bei der Inflationsbekämpfung in Aussicht gefaßt. Das gilt auch für die notwendige weltweite Strategie zur Einsparung von Energie, zur Stabilisierung der Weltwährungsbeziehungen wie auch für das Freihalten des Welthandels von Protektionismus.

Uns allen bleibt die Erkenntnis des Londoner Gipfels gemeinsam, daß Inflation kein Mittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist, sondern eine ihrer Ursachen. Uns allen bleibt die Erkenntnis, das Protektionismus den Versuch darstellt, mit den Problemen von gestern und heute fertig zu werden, nicht aber die Probleme von morgen und übermorgen zu lösen.

Vielleicht darf ich zwei oder drei Sätze als Leiter der deutschen Delegation hier einfügen. Wie Sie wissen, habe ich in den letzten Wochen für die Bundesrepublik Deutschland mehrfach die Bereitschaft erkennen lassen, daß wir uns an einer gemeinsamen Operation der Industriestaaten beteiligen werden, wenn erstens alle Teilnehmer einen Beitrag leisten und zweitens, wenn ein Paket zustande kommt, das bei den wirklichen Ursachen der Probleme ansetzt. Beide Bedingungen sind erfüllt. Deshalb hat die deutsche Delegation für die Bundesregierung erklärt, daß auch wir einen zusätzlichen und substantiellen Beitrag zur Stärkung der Nachfrage leisten wollen.

Für das Paket insgesamt war von besonderer Bedeutung die Zusage des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, durch Energie-, insbesondere Öleinsparmaßnahmen, durch Erhöhung der inneramerikanischen Ölpreise auf das Weltmarktniveau die Erdöleinfuhren einzuschränken. Das wird erheblich auch zur Stabilisierung der Währungsbeziehungen beitragen.

Wesentlich war auch die Zusage Japans, seinen Markt stärker zu öffnen. Wesentlich waren die Zusagen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und des kanadischen Premierministers, zuverlässige Lieferanten von Kernbrennstoff zu sein. Wesentlich war – ich habe es schon erwähnt – die deutsche Zusage von stimulierenden Maßnahmen und – ich habe schon darauf hingewiesen – die Entschlossenheit aller, den Protektionismus zu bekämpfen.

Mit einem Satz will ich erwähnen, daß die außer-europäischen Teilnehmer mit Interesse einen Bericht über die auf dem Europäischen Rat in Bremen vorgelegten Pläne für eine engere währungspolitische Kooperation in Europa zur Kenntnis genommen haben.

Ich möchte bewertend abschließen, daß es bisher bei solchen Treffen nicht gelungen war, in so hohem Maße konkrete Verpflichtungen zu übernehmen für die einzelnen Länder, wie das hier bei diesem Bonner Treffen der Fall gewesen ist.

Ehe ich meine Ausführungen beende, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß wir auch ein mit den Weltwirtschaftsthemen nicht verbundenes Problem sehr sorgfältig behandelt haben. Dieses zweite Problem war insbesondere die Ursache für die Verzögerung dieser Pressekonferenz, weil wir außerordentlich sorgfältig unsere Worte gewählt und überlegt haben. Wir bitten Sie um Entschuldigung für die Ver-